



RegioCOP

regionale Klimakonferenz

30. November - 12. Dezember 2023

WIR HOLEN DIE
KLIMAKONFERENZ
NACH BAYREUTH &
OBERFRANKEN!

ERGEBNISDOKUMENT

- *Endfassung* -



Zivilgesellschaft

[Autorinnen: Helen Röder und Sophia Mitte]

Der Beitrag der Zivilgesellschaft

Die Zivilgesellschaft spielt eine große Rolle in der Umgestaltung einer Gesellschaft hinzu einer sozial- und ökologischen Gesellschaft. Um ganzheitlich, also sektorübergreifend, Veränderung zu erzielen, müssen weite Teile der Zivilgesellschaft mit einbezogen werden. Was ist mit der Zivilgesellschaft eigentlich gemeint?

Damit sind nicht staatliche Akteure gemeint, die sich in beispielsweise Vereinen, Verbänden, Kollektiven und Initiativen auf vielfältige Art engagieren. Diese können sich für unterschiedliche Belange einsetzen, ohne dass die Maxime der Profitmaximierung zugrunde liegt. (M1)

Neben Themen wie Gleichberechtigung, Sexuelle Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit setzen sich viele Gruppierungen für Klimaschutz ein. Darunter zählt das Engagement für beispielsweise Biodiversität und den Erhalt unserer Lebensgrundlagen, andere legen den Fokus auf radikale Treibhausgasreduktion, um die Klimawandelfolgen so gering wie möglich zu halten. Beispielsweise hat seit 2018 die Klimabewegung „Fridays For Future“ alleine in Deutschland über eine Millionen Menschen auf die Straße gebracht. Das generierte Aufmerksamkeit für das Thema und die Forderung nach deutlich ambitionierterem Klimaschutz wurde mehrheitsfähig. (M2) Somit können zivilgesellschaftliche Gruppierungen daran beteiligt sein, vermeintlich radikale Forderungen auf die politische Agenda zu setzen. Darüber hinaus betreiben Initiativen Aufklärungsarbeit und informieren über Themen, denen im aktuellen politischen Diskurs noch zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet wird. Darüber hinaus können sie einen Beitrag für eine plurale und partizipative Gesellschaft leisten.

Auch in Oberfranken setzen sich zahlreiche Initiativen oder Vereine für Klimaschutz ein. Beispielsweise der LBV Oberfranken oder Ortsgruppen von BUND und Greenpeace, setzen sich für Naturschutz ein. In Bamberg, Coburg und Bayreuth gibt es Transition-Bewegungen, die den solidarischen und nachhaltigen Wandel mitgestalten. Um nur ein paar Beispiele zu nennen.

Status Quo: Was geschieht bereits vor Ort?

An der Teilkonferenz am 4. Dezember waren folgende Initiativen vertreten: Klimaentscheid Bayreuth (Raja Wipfler, Moritz Vogt, Helen Röder), TransitionHaus (David Kienle), Parents For Future & Scientist Rebellion (Cornelia Huth), Bamberger Klimaschutzbündnis (Luise Müller, Christina Kölking)

Der Klimaentscheid Bayreuth setzt sich seit November 2020 für ambitionierten Klimaschutz in Bayreuth ein. Die Initiative startete ein Bürgerbegehren mit der Forderung an die Stadt,

konkrete Maßnahmen zum Erreichen der Klimaneutralität bis 2030 auszuarbeiten und umzusetzen. Dieses scheiterte aufgrund von materieller Unzulässigkeit. Die Forderung nach ambitioniertem Klimaschutz wird dennoch von vielen Bürger:innen geteilt, wie beispielsweise die 5000 Unterzeichnungen des Bürgerbegehrens gezeigt haben.

Das TransitionHaus in Bayreuth schafft interkulturelle und generationenübergreifende Bewegungsräume für Menschen unterschiedlichen Einkommens. Es fördert und bewirbt lokale Initiativen und bietet Räumlichkeiten, Vorträge aber auch regelmäßige Treffen an. Das TransitionHaus selbst verleiht Werkzeuge, vermittelt Fähigkeiten zur Reparatur und Upcycling.

Unter Parents for Future Bayreuth organisieren sich Menschen der Eltern- und Großeltern-generation – egal ob jung oder alt, mit oder ohne Kinder. Zusammen setzen wir uns für echten Klimaschutz ein!

Auf vielfältige Art werden wir gemeinsam wirksam: Aufklärung zu Dringlichkeit und Gegenmaßnahmen, Mitveranstaltung und Teilnahme an Demos, „sich einmischen“ und Gespräche mit Politiker:innen. Gemeinsam aktiv zu sein, stärkt uns und stiftet Sinn.

Das Bamberger Klimaschutzbündnis ist ein überparteilich arbeitender Zusammenschluss aus Organisationen, Verbänden und Bewegungen sowie engagierten Bürger:innen, die sich für den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassungen in der Stadt und dem Landkreis Bamberg einsetzen. Sie versuchen, die bestehenden Kräfte der Zivilgesellschaft zu stärken und zu vernetzen.

Hürden: Was fehlt uns beim Ausüben unserer Interessen?

Die erste Art von Hürden betrifft die Formierung, Organisation und Etablierung von Zivilgesellschaften.

Aktuelle Vereine, Verbände und Initiativen sehen sich begrenzt in ihrem Spielraum, da die Zahl der Aktivist:innen tendenziell zurückgeht. Aus Sicht der Teilnehmenden herrscht vor allem in der Lokalpresse ein **Informationsdefizit** und trägt somit zur mangelhaften Abbildung der Klimakrise adäquat bei. Darüber hinaus gibt es zunehmend **Desinformationen**, die den Diskurs über den Klimawandel verhärten. Dies führt dazu, dass zivilgesellschaftliches Potenzial nicht ausgeschöpft wird. Das liegt unter anderem an einer hohen **Fluktuation an Ehrenamtlichen** und einer **fehlenden Institutionalisierung** der bereits erfolgten Arbeit.

Wenn sich die Zivilgesellschaft nun erfolgreich zusammengetan hat, erfahren sie Hürden zweiter Art, die die Einflussnahme der Gruppierung betrifft.

Wenn sich die Zivilgesellschaft in Form von Bürgerbeteiligung einbringen möchte, können Forderungen in Form eines Bürgerbegehrens gestellt werden. Dabei müssen einige formale und inhaltliche Kriterien berücksichtigt werden. Diese **rechtlichen Hürden** erschweren die Einbindung der Zivilgesellschaft in den Prozess des kommunalen Klimaschutzes.

Zentrale Entscheidungen für eine Kommune werden im Stadtrat entschieden. Dieser wird alle 5 Jahre gewählt und ist dafür zuständig, über Beschlüsse abzustimmen und diese umzusetzen. In erster Linie stellt es sich als Hürde dar, sich in die Position von Stadträt:innen zu begeben. Aufgrund struktureller Benachteiligung von Minderheiten und Personen mit geringem Einkommen, lässt sich ein eher homogenes Bild der Fraktionen abzeichnen. Diese **ungleiche Machtverteilung** im Stadtrat erschwert auch die Beteiligung ziviler Gruppierungen an Entscheidungsprozessen.

Ein weiteres Problem ist die **fehlende Priorisierung** von Klimaschutz im Stadtrat, aber auch im öffentlichen Diskurs. Das Argument gegen Maßnahmen für Klimaschutz sind häufig die **fehlenden finanziellen Ressourcen**. Dies wird auch herangezogen, um zu begründen, warum keine weiteren Räume oder Unterstützung für zivile Akteur:innen möglich sei.

Einige Kommunen bundesweit, aber auch in Oberfranken haben sich ein Klimaschutzkonzept auf die Fahne geschrieben. Die Stadt Bayreuth beispielsweise hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2040 klimaneutral zu werden und bietet damit einen strategischen Plan zur Erzeugung von Treibhausgasemissionen im Stadtgebiet. (M3)

Welche der über 100 Maßnahmen bisher umgesetzt oder angestoßen wurden ist bisher unklar. In Bayreuth mangelt es an **Transparenz**, was den aktuellen Stand der Klimaschutzmaßnahmen anbelangt. Ein Kontroll- oder Einflussmechanismus am aktuellen Klimaschutzkonzept ist den lokalen Initiativen somit verwehrt.

Was braucht es, um die genannten Hürden abzubauen?

Um die Resilienz zivilgesellschaftlicher Initiativen zu stärken, äußerten die Teilnehmenden den Wunsch nach mehr **Anerkennung und Wertschätzung** in Bezug auf ihr Engagement. Darüber hinaus braucht es mehr **Rückhalt** durch politische Entscheidungsträger:innen. Einige zivilgesellschaftliche Gruppierungen wünschen sich auch mehr **Transparenz** und Gesprächsbereitschaft in Bezug auf die aktuellen kommunalen Klimaschutzmaßnahmen. Das wäre auch die Voraussetzung für eine bessere Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Verwaltung.

Klimaschutz erfordert eine kommunale Gesamtstrategie, welche nur gemeinsam erarbeitet und dann auch über mehrere Jahre umgesetzt werden kann. Mit Strategieworkshops zur Umsetzung von Klimaschutz-Maßnahmen mit Politik, Zivilgesellschaft und Verwaltung müssen Maßnahmen geplant, diskutiert und dann auch umgesetzt werden. Was die Entscheidungsprozesse im Stadtrat anbelangt, müsste eine höhere Beteiligung der Zivilgesellschaft ermöglicht und rechtliche Hürden abgebaut werden.

Außerdem müsste Klimaschutz als **kommunale Pflichtaufgabe** verankert und als eine **langfristige Investitionsstrategie** über Legislaturperioden hinaus betrachtet werden. Die haushaltsrechtlichen Schlupflöcher müssen durch Entscheidungsträger:innen in Verwaltung und Politik herausgearbeitet und mutig genutzt werden, um sich ihrer Verantwortung komplexer

sowie herausfordernder Aufgaben zu stellen. Daraus folgt, dass Verwaltung, Klimaschutzmanagement und Stadtratsfraktionen an einem Strang ziehen, denn Klimaschutz betrifft alle Ebenen. Darüber hinaus bräuchte es mehr **Personal** in beispielsweise der Verwaltung zur Umsetzung von konkreten Maßnahmen.

In Bezug auf die Beteiligung lokaler Initiativen, gehört auch eine höhere Resonanz der Lokalpresse, um die Aufmerksamkeit auf zivilgesellschaftliches Engagement und damit auf Klimaschutzmaßnahmen zu richten. Eine adäquate Berichterstattung und Aufklärung in Bezug auf Nachhaltigkeit würde den Zulauf zu zivilgesellschaftlichen Gruppierungen erhöhen.



Welche Forderungen ergeben sich daraus?

- Forderung an **Presse**: mehr über Klimaschutzthemen berichten, damit die Breite der Bevölkerung besser erreicht wird
- Forderung an **Stadt und Bevölkerung**: Bereitschaft für Engagement schaffen und zeigen, abfragen, was Hürden sind.
- Forderung an **Verwaltung**: Aufklärung der Verwaltung Bsp. Klimafit Kurse für Verwaltung
- Forderung an **Wirtschaft**: mehr Aufklärung/ Vorträge während der Arbeitszeit
- Mehr Abstimmung zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft Einführen von Sprechstunden

Internetquellen:

M1: <https://www.bmz.de/de/service/lexikon/zivilgesellschaft-14976#:~:text=Die%20Zivilgesellschaft%20umfasst%20die%20Gesamtheit,abh%C3%A4ngig%20von%20parteilichen%20Interessen%20sind>

M2: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/taegliche-dosis-politik/539202/5-jahre-fridays-for-future/>

M3: <https://www.bayreuth.de/rathaus-buergerservice/umwelt-klima/klimaschutz-und-energie/klimaschutzkonzept/>